Deutscher Bundestag **Drucksache 19/26833**

19. Wahlperiode 19.02.2021

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 1. Oktober 2020 zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

A. Problem und Ziel

Das Mehrseitige Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) vom 24. November 2016 wurde am 7. Juni 2017 durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Ziel ist, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung („Base Erosion and Profit Shifting“ – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) und 14 (Verbesserung der Streitbeilegung) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des Multilateralen Instruments ist jedoch entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Alternativ können die Inhalte des Multilateralen Instruments im Wege bilateraler Protokolle zur Änderung des bestehenden Abkommens umgesetzt werden. Mit dem Königreich Dänemark wurde vereinbart, die Ergebnisse der Auswahlentscheidungen zum Multilateralen Instrument

juris Lex QS
04052024 ()

zwischen Deutschland und Dänemark über ein bilaterales Änderungsprotokoll umzusetzen. Das Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) (BGBl. 1996 II S. 2565, 2566), kann daher aus dem Geltungsbereich des Multilateralen Instruments selbst ausgenommen werden.

Darüber hinaus sollen mit diesem Protokoll weitere Anpassungen des Abkommens vom 22. November 1995 an den derzeitigen internationalen Standard vorgenommen werden.

B. Lösung

Das Änderungsprotokoll vom 1. Oktober 2020 fügt die sich aus der Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen zum Multilateralen Instrument ergebenden Regelungen in das Abkommen vom 22. November 1995 ein und nimmt erforderliche Anpassungen und Änderungen an den bestehenden Regelungen vor. Darüber hinaus erfolgen weitere Anpassungen an den derzeitigen internationalen Standard. Hervorzuheben sind folgende Punkte:

1. Titel und Präambel

   Durch eine Änderung des Titels und der Präambel wird entsprechend dem BEPS-Mindeststandard ausgedrückt, dass sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerungen oder reduzierte Besteuerungen vermieden werden sollen.

2. Unternehmensgewinne

   Entsprechend dem aktuellen OECD-Musterabkommen wird die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf die grenzüberschreitende Aufteilung der Einkünfte zwischen einer Betriebsstätte und dem Unternehmen, zu dem sie gehört, eingeführt. Mit der Umsetzung folgt Deutschland den internationalen Bemühungen, die bisher weitgehend uneinheitliche Praxis der internationalen Betriebsstättenbesteuerung verbindlich an einem einheitlichen Standard, dem Fremdvergleichsgrundsatz, auszurichten.

3. Stipendien und ähnliche Unterstützungsleistungen

   Stipendien und ähnliche Unterstützungsleistungen, die aus öffentlichen Kassen eines Staates stammen, können künftig in diesem Staat besteuert werden. Durch diese Regelung soll eine unerwünschte doppelte Nichtbesteuerung, die insbesondere bei dänischen Stipendien aufgrund der dortigen Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen zu einer Ungleichbehandlung von grenzüberschreitenden und nicht grenzüberschreitenden Fällen führen würde, vermieden werden.

4. Informationsaustausch

   Der bilaterale Auskunftsverkehr beinhaltet künftig entsprechend der OECD-Musterklausel den umfassenden Informationsaustausch für Steuern jeder Art. Er erstreckt sich insbesondere auch auf Bankenauskünfte sowie auf Informationen über Eigentumsanteile an einer

juris Lex QS
04052024 ()

Person. Der Informationsaustausch kann auch zu einem anderen Zweck als der Steuererhebung dienen, wie z. B. der Bekämpfung von Geldwäschedelikten, Korruption und Terrorismusfinanzierung.

5. Missbrauchsvermeidung

   In dem Abkommen wird das gegenseitige Verständnis darüber festgehalten, dass das DBA der Anwendung der nationalen Missbrauchsregelungen beider Staaten nicht entgegensteht. Zudem wurde die dem BEPS-Mindeststandard entsprechende Missbrauchsvermeidungsklausel, die auf ein Hauptzweck-Kriterium abstellt („Principal Purpose Test“ – PPT), aufgenommen.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Änderungsprotokoll die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

Mit Unterzeichnung des Änderungsprotokolls haben sowohl Deutschland als auch Dänemark das Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) in deren Auswahlentscheidungen zum Multilateralen Instrument von der Liste der erfassten Doppelbesteuerungsabkommen („covered tax agreements“) genommen. Eine Umsetzung der Inhalte dieses Änderungsprotokolls über das Multilaterale Instrument selbst kommt daher nicht mehr in Betracht.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Maßnahmen dienen der Sicherung des Steueraufkommens.

E. Erfüllungsaufwand

Es ist davon auszugehen, dass durch das Änderungsprotokoll zum Abkommen kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft. Darüber hinaus führt das Abkommen weder für Unternehmen noch für Bürgerinnen und Bürger und für die Steuerverwaltung des Bundes und der Länder zu messbaren Veränderungen des Erfüllungsaufwandes.

Die „One in, one out“-Regel ist nicht anzuwenden, weil es sich um die 1:1-Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrages handelt.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

juris Lex QS
04052024 ()

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 19. Februar 2021

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 1. Oktober 2020 zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 1000. Sitzung am 12. Februar 2021 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

juris Lex QS
04052024 ()

Entwurf

Gesetz zu dem Protokoll vom 1. Oktober 2020 zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kopenhagen am 1. Oktober 2020 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) (BGBl. 1996 II S. 2565) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 22 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

juris Lex QS
04052024 ()

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den durch das Protokoll betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 3, 5 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Darüber hinaus ist die Zustimmung des Bundesrates nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Protokoll Verfahrensregelungen enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 22 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Mit dem Vertragsgesetz erfolgt die Umsetzung des am 1. Oktober 2020 unterzeichneten Protokolls zur Änderung des deutsch-dänischen Doppelbesteuerungsabkommens. Schwerpunkt des Änderungsprotokolls ist neben der Umsetzung des aktuellen Standards zur Betriebsstättengewinnaufteilung auch die Umsetzung der abkommensbezogenen Empfehlungen des sog. BEPS-Projekts. Hervorzuheben ist, dass durch eine Änderung des Titels und der Präambel entsprechend dem BEPS-Mindeststandard ausgedrückt wird, dass sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerungen oder reduzierte Besteuerungen vermieden werden sollen. Zudem wird die dem BEPS-Mindeststandard entsprechende Missbrauchsvermeidungsklausel, die auf ein Hauptzweck-Kriterium abstellt („Principal Purpose Test“ – PPT), aufgenommen.

Das Vorhaben entspricht einer nachhaltigen Entwicklung. Die dem völkerrechtlichen Vertrag zugrundeliegenden Maßnahmen betreffen folgende Prinzipien für nachhaltige Entwicklung:

(1.) Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden.

Dabei unterstützt das Vorhaben die folgenden Indikatorenbereiche: 8.2a (Staatsverschuldung), 8.3 (Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge) und 8.4 (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit). Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

Die Maßnahmen dienen der Sicherung des Steueraufkommens.

Es ist davon auszugehen, dass durch das Änderungsprotokoll zum Abkommen kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft. Darüber hinaus führt das Abkommen weder für Unternehmen noch für Bürgerinnen und Bürger und für die Steuerverwaltung des Bundes und der Länder zu messbaren Veränderungen des Erfüllungsaufwandes. Die „One in, one out“-Regelung ist nicht anzuwenden, weil es sich bei diesem Gesetzentwurf um die 1:1-Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrages handelt.

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von diesem Gesetz nicht zu erwarten.

Da der dem Vertragsgesetz zugrundeliegende völkerrechtliche Vertrag keine Befristung seiner Anwendung enthält, kommt eine Befristung des Vertragsgesetzes nicht in Betracht. Einer Evaluation des Vertragsgesetzes bedarf es nicht, da der dem Vertragsgesetz zugrundeliegende völkerrechtliche Vertrag nur durch einen weiteren bilateralen völkerrechtlichen Vertrag geändert oder durch dessen Kündigung einseitig beendet werden könnte.

juris Lex QS
04052024 ()

Protokoll
zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Protokol
til ændring af overenskomsten af 22. november 1995 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager (Tysk-Dansk skatte-overenskomst)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Dänemark –

von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Der Titel wird wie folgt gefasst:

„Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
zur Beseitigung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung“.

Artikel 2

Die Präambel wird wie folgt gefasst:

„Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Dänemark –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark

der ønsker at indgå en protokol til ændring af overenskomsten af 22. november 1995 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager (Tysk-Dansk skatte-overenskomst) (herefter omtalt som „overenskomsten“),

er blevet enige om følgende:

Artikel 1

Titlen affattes således:

„Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
til ophævelse af dobbeltbeskatning
for så vidt angår indkomst- og formueskatter
såvel som skatter på boer, arv og gave
og til forhindring af skatteunddragelse og -omgåelse“.

Artikel 2

Præambelen affattes således:

„Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark

der ønsker yderligere at udvikle deres økonomiske forbindelser og at styrke deres samarbejde om skatteforhold,

juris Lex QS
04052024 ()

in der Absicht, in Bezug auf die unter dieses Abkommen fallenden Steuern eine Doppelbesteuerung zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten ansässigen Personen) zu schaffen –

sind wie folgt übereingekommen:“.

Artikel 3

Artikel 1 wird aufgehoben.

Artikel 4

Artikel 2 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.“

Artikel 5

(1) Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) umfasst der Ausdruck ‚Bundesrepublik Deutschland‘, wenn im geographischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, seines Untergrunds und der darüberliegenden Wassersäule, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse zum Zweck der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen oder zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern ausübt;“.

(2) Artikel 3 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.“

Artikel 6

Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist;“.

Artikel 7

Artikel 7 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unterneh-

der har til hensigt at ophæve dobbeltbeskatning for så vidt angår skatterne, som er omfattet af denne overenskomst, uden at skabe muligheder for ikke-beskatning eller nedsat beskatning gennem skatteunddragelse eller -omgåelse (herunder gennem utilsigtet anvendelse af skatteaftaler med henblik på at opnå de lempelser, som denne overenskomst giver adgang til, til indirekte fordel for personer, som er hjemmehørende i tredjelande),

er blevet enige om følgende:“

Artikel 3

Artikel 1 ophæves.

Artikel 4

Artikel 2, stykke 3, affattes således:

„3. Overenskomsten finder endvidere anvendelse på skatter af samme eller væsentligt samme art, der efter datoen for undertegnelsen af overenskomsten pålignes som tillæg til, eller i stedet for, de eksisterende skatter. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal underrette hinanden om væsentlige ændringer, som er foretaget i deres skattelove.“

Artikel 5

1. Artikel 3, stykke 1, litra b, affattes således:

„b) udtrykket „Forbundsrepublikken Tyskland“ omfatter i geografisk forstand Forbundsrepublikken Tysklands territorium såvel som det område på havbunden, der grænser op til territorialfarvandet, samt dette områdes undergrund og overliggende vande, inden for hvilket Forbundsrepublikken Tyskland udøver suverænitetsrettigheder eller jurisdiktion i overensstemmelse med folkeretten og sin nationale lovgivning med henblik på efterforskning, udnyttelse, bevaring og udvikling af levende eller ikke-levende naturressourcer eller med henblik på energiproduktion fra vedvarende energikilder;“.

2. Artikel 3, stykke 2, affattes således:

„2. Ved en kontraherende stats anvendelse af overenskomsten til enhver tid skal ethvert udtryk, som ikke er defineret deri, medmindre andet følger af sammenhængen, tillægges den betydning, som det har på dette tidspunkt i denne stats lovgivning med henblik på de skatter, som overenskomsten finder anvendelse på, idet enhver betydning i denne stats skattelove går forud for den betydning, dette udtryk er tillagt i denne stats andre love.“

Artikel 6

Artikel 4, stykke 1, litra a, affattes således:

„a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, enhver person som efter lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet kriterium af lignende karakter, og omfatter også denne stat og enhver dertil hørende politisk underafdeling eller lokal myndighed. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, som er skattepligtig i denne stat udelukkende af indkomst fra kilder i denne stat eller af formue beroende dér;“.

Artikel 7

Artikel 7 affattes således:

„Artikel 7

Fortjeneste ved erhvervsvirksomhed

1. Fortjeneste, som erhverves af et foretagende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat, medmindre foretagendet driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted. Hvis foretagendet

juris Lex QS
04052024 ()

men seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne, die der Betriebsstätte in Übereinstimmung mit Absatz 2 zugerechnet werden können, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels und des Artikels 24 handelt es sich bei den Gewinnen, die in jedem Vertragsstaat einer in Absatz 1 genannten Betriebsstätte zugerechnet werden können, um die Gewinne, welche die Betriebsstätte, insbesondere in ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Teilen des Unternehmens, voraussichtlich erzielen würde, wenn sie ein selbständiges und unabhängiges Unternehmen wäre, das die gleichen oder ähnliche Tätigkeiten unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen ausübt, unter Berücksichtigung der von dem Unternehmen durch die Betriebsstätte und durch die anderen Teile des Unternehmens ausgeübten Funktionen, genutzten Vermögenswerte und übernommenen Risiken.

(3) Wenn in Übereinstimmung mit Absatz 2 ein Vertragsstaat die Gewinne, die der Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaats zugerechnet werden können, berichtigt und Gewinne des Unternehmens entsprechend besteuert, die bereits im anderen Staat besteuert wurden, wird der andere Vertragsstaat, soweit zur Beseitigung einer Doppelbesteuerung dieser Gewinne erforderlich, eine entsprechende Änderung vornehmen, wenn er der Berichtigung des erstgenannten Staates zustimmt; stimmt der andere Vertragsstaat nicht zu, so werden sich die Vertragsstaaten bemühen, eine sich daraus ergebende Doppelbesteuerung durch Verständigung zu beseitigen.

(4) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens gesondert behandelt werden, so werden jene Artikel durch diesen Artikel nicht berührt.“

Artikel 8

(1) Artikel 14 wird aufgehoben.

(2) In Artikel 6 Absatz 3 werden die Wörter „und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient“ gestrichen.

(3) Artikel 10 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Die Absätze 1 bis 3 und 5 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.“

(4) In Artikel 10 Absatz 7 werden die Wörter „oder festen Einrichtung“ gestrichen.

(5) Artikel 11 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.“

(6) Artikel 12 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.“

(7) Artikel 13 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unter-

driver førnævnte erhvervsvirksomhed, kan foretagendets fortjeneste, der henføres til det faste driftssted efter bestemmelserne i stykke 2, beskattes i den anden stat.

2. Ved anvendelsen af denne artikel og artikel 24 er den fortjeneste, som i hver kontraherende stat kan henføres til det faste driftssted som nævnt i stykke 1, den fortjeneste, som det især i sine forbindelser med andre dele af foretagendet kunne forventes at opnå, hvis det havde været et frit og uafhængigt foretagende, der var beskæftiget med den samme eller lignende virksomhed på de samme eller lignende vilkår, i betragtning af de udførte funktioner, de anvendte aktiver og de risici, som foretagendet har påtaget sig gennem det faste driftssted og gennem andre dele af foretagendet.

3. Hvis en kontraherende stat i medfør af stykke 2 justerer den fortjeneste, der kan henføres til et fast driftssted tilhørende et foretagende i en af de kontraherende stater, og i overensstemmelse hermed beskatter foretagendets fortjeneste, som er blevet beskattet i den anden stat, skal denne anden stat foretage en passende regulering i det omfang, det er nødvendigt for at undgå dobbeltbeskatning af fortjenesten, hvis den er enig i den regulering, der er foretaget af den førstnævnte stat; hvis den anden kontraherende stat ikke er enig, skal de kontraherende stater søge at ophæve enhver dobbeltbeskatning, der er et resultat heraf, gennem gensidig aftale.

4. Hvis fortjeneste omfatter indkomster, som er omhandlet særskilt i andre artikler i denne overenskomst, berøres bestemmelserne i disse artikler ikke af bestemmelserne i denne artikel.“

Artikel 8

1. Artikel 14 ophæves.

2. I artikel 6, stykke 3, udgår ordene „, og på indkomst af fast ejendom, der anvendes ved udøvelsen af frit erhverv“.

3. Artikel 10, stykke 6, affattes således:

„6. Bestemmelserne i stykke 1 til 3 og 5 finder ikke anvendelse, hvis udbyttets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, i hvilken det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, gennem et dér beliggende fast driftssted, og den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted. I så fald finder bestemmelserne i artikel 7 anvendelse.“

4. I artikel 10, stykke 7, udgår ordene „eller et fast sted“.

5. Artikel 11, stykke 3, affattes således:

„3. Bestemmelserne i stykke 1 finder ikke anvendelse, hvis renternes retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, hvorfra renterne hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted, og den fordring, som ligger til grund for de udbetalte renter, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted. I så fald finder bestemmelserne i artikel 7 anvendelse.“

6. Artikel 12, stykke 3, affattes således:

„3. Bestemmelserne i stykke 1 finder ikke anvendelse, hvis royaltybeløbets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, hvorfra royaltybeløbet hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for de udbetalte royalties, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted. I så fald finder bestemmelserne i artikel 7 anvendelse.“

7. Artikel 13, stykke 2, affattes således:

„2. Fortjeneste ved afhændelse af rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i

juris Lex QS
04052024 ()

nehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.“

(8) In Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c werden die Wörter „oder einer festen Einrichtung“ gestrichen.

(9) In Artikel 17 Absatz 1 und 2 wird jeweils das Komma und die Angabe „14“ gestrichen.

(10) Artikel 21 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.“

(11) In Artikel 22 Absatz 2 werden die Wörter „oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Staat zur Verfügung steht,“ gestrichen.

(12) Artikel 23 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Ungeachtet des Artikels 5 wird eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, die im anderen Vertragsstaat Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen, der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen oder der Förderung von Kohlenwasserstoffen ausübt, so behandelt, als übe sie in diesem Zusammenhang eine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus.“

(13) Artikel 25 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und welches das Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte darstellt, kann im anderen Staat besteuert werden.“

(14) Artikel 28 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten Betriebsstätte zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte abgezogen.“

Artikel 9

Artikel 8 Absatz 5 wird aufgehoben.

Artikel 10

Artikel 10 Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 11

Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 12

Artikel 15 Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 13

Nach Artikel 18 Absatz 6 werden die folgenden Absätze 7 und 8 angefügt:

„(7) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 können Stipendien sowie Studenten- und Künstlerförderungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus öffentlichen Mitteln des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhält, im anderen Staat besteuert werden.

(8) Zahlungen im Sinne des Absatzes 7 dürfen im Vertragsstaat der Ansässigkeit des Empfängers nicht besteuert werden,

en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, herunder også fortjeneste ved afhændelse af et sådant fast driftssted (særskilt eller sammen med hele foretagendet), kan beskattes i denne anden stat.“

8. I artikel 15, stykke 2, litra c, udgår ordene „eller et fast sted“.

9. I artikel 17, stykke 1 og 2, udgår henholdsvis komma og henvisning til „14“.

10. Artikel 21, stykke 2, affattes således:

„2. Bestemmelserne i stykke 1 finder ikke anvendelse for indkomst, bortset fra indkomst af fast ejendom som defineret i artikel 3, stykke 1, litra f, hvis indkomstens modtager, som er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, og den rettighed eller det formuegode, som ligger til grund for den udbetalte indkomst, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted. I så fald finder bestemmelserne i artikel 7 anvendelse.“

11. I artikel 22, stykke 2, udgår ordene „eller rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat,“.

12. Artikel 23, stykke 1, affattes således:

„1. Uanset bestemmelserne i artikel 5 anses en person, som er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som udøver virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter i den anden kontraherende stat, for med hensyn til denne virksomhed at udøve virksomhed i denne anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted.“

13. Artikel 25, stykke 2, affattes således:

„2. Et foretagendes rørlige formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som udgør erhvervsformuen i et fast driftssted beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.“

14. Artikel 28, stykke 2, affattes således:

„2. Medmindre bestemmelserne i stykke 1 medfører andet, skal gæld, der er knyttet til et fast driftssted som nævnt i artikel 25, stykke 2, fradrages i værdien af det faste driftssted.“

Artikel 9

Artikel 8, stykke 5, ophæves.

Artikel 10

Artikel 10, stykke 3, 2. punktum, ophæves.

Artikel 11

Artikel 13, stykke 3, 3. punktum, ophæves.

Artikel 12

Artikel 15, stykke 3, 2. punktum, ophæves.

Artikel 13

Efter artikel 18, stykke 6, indsættes følgende som stykke 7 og 8:

„7. Medmindre bestemmelserne i stykke 2 og 3 i denne artikel medfører andet, kan legater og studie- eller kunstnerstøtte, der modtages af en fysisk person, som er hjemmehørende i en kontraherende stat, fra offentlige midler i den anden kontraherende stat eller en dertil hørende politisk underafdeling eller lokal myndighed, beskattes i denne anden stat.

8. Betalinger som nævnt i stykke 7 kan ikke beskattes i den kontraherende stat, hvor modtageren er hjemmehørende, hvis

juris Lex QS
04052024 ()

wenn sie im anderen Vertragsstaat nach dessen Recht steuerbefreit wären, würden sie an eine dort ansässige Person geleistet.“

Artikel 14

In Artikel 19 Absatz 4 Buchstabe a werden die Wörter „Deutschen Bundesbahn AG“ durch „Deutschen Bahn AG“ und die Wörter „‚Post og Telegrafvæsenet‘, ‚De Danske Statsbaner‘“ durch „dem nationalen dänischen Postdienstleister, dem nationalen dänischen Bahnbetreiber“ ersetzt.

Artikel 15

Artikel 22 Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 16

(1) Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a Satz 2 wird aufgehoben.

(2) Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) Die Bundesrepublik Deutschland behält das Recht, die nach diesem Abkommen von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.“

Artikel 17

(1) Die Artikel 31 bis 40 werden aufgehoben.

(2) Artikel 29 und 30 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 29

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsbehelfe hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der Sätze 1 bis 3 können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates ist eine Verwendung für diese anderen Zwecke nur zulässig, wenn sie im Einzelfall zur Abwehr einer dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder zum Schutz bedeutender Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, so ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig und die empfangende Stelle hat die übermittelten Daten unverzüglich zu löschen. Ein durch die zweckändernde Verwendung der Informationen entstandener Schaden ist zu ersetzen.

sådanne betalinger ville være fritaget for beskatning i den anden kontraherende stat efter lovgivningen i denne stat, hvis beløbet var betalt til en person, som er hjemmehørende i denne stat.“

Artikel 14

I artikel 19, stykke 4, litra a, erstattes ordene „Deutsche Bundesbahn AG“ af „Deutsche Bahn AG“, og ordene „Post- og Telegrafvæsenet, Danske Statsbaner“ erstattes af „den nationale danske posttjeneste, den nationale danske jernbaneoperatør“.

Artikel 15

Artikel 22, stykke 3, 3. punktum, ophæves.

Artikel 16

1. Artikel 24, stykke 1, litra a, 2. punktum, ophæves.

2. Artikel 24, stykke 1, litra c, affattes således:

„c) Forbundsrepublikken Tyskland forbeholder sig retten til ved fastsættelsen af dets skattesats at tage hensyn til den indkomst og formue, som efter denne overenskomsts bestemmelser er fritaget for tysk skat.“

Artikel 17

1. Artikel 31-40 ophæves.

2. Artikel 29 og 30 affattes således:

„Artikel 29

Udveksling af oplysninger

1. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal udveksle sådanne oplysninger, som kan forudses at være relevante for at gennemføre bestemmelserne i denne overenskomst eller for administrationen eller håndhævelsen af intern lovgivning vedrørende skatter af enhver art og betegnelse, der pålægges på vegne af de kontraherende stater eller deres politiske underafdelinger eller lokale myndigheder, i det omfang denne beskatning ikke strider mod overenskomsten. Udvekslingen af oplysninger er ikke begrænset af artikel 1 og 2.

2. Enhver oplysning, som en kontraherende stat har modtaget i medfør af stykke 1, skal holdes hemmelig på samme måde som oplysninger, der er tilvejebragt i medfør af denne stats interne lovgivning og må kun meddeles til personer eller myndigheder (herunder domstole og forvaltningsmyndigheder), der er beskæftiget med ligning, opkrævning, tvangsfuldbyrdelse, retsforfølgning eller afgørelser af klager med hensyn til de skatter, der er omhandlet i stykke 1, eller tilsynet med førnævnte. Sådanne personer eller myndigheder må kun anvende oplysningerne til sådanne formål. De må meddele oplysningerne under offentlige retshandlinger eller i retsafgørelser. Oplysninger, som modtages af en kontraherende stat, kan uanset 1. til 3. punktum anvendes til andre formål, når sådanne oplysninger kan anvendes til sådanne andre formål efter lovgivningen i begge stater, og den kompetente myndighed i den stat, der meddeler oplysningerne, giver tilladelse til sådant brug. Brug til sådanne andre formål uden forudgående godkendelse af den kontraherende stat, der har meddelt oplysningerne, kan kun finde sted, hvis dette er nødvendigt for i det foreliggende tilfælde at afværge en umiddelbar trussel mod en person om tab af liv, tilskadekomst eller tab af personlig frihed, eller for at beskytte væsentlige aktiver, og der er fare forbundet med forsinkelse. I et sådant tilfælde skal den kompetente myndighed i den stat, der har meddelt oplysningerne, straks anmodes om med tilbagevirkende kraft at give tilladelse til ændringen af formål. Hvis tilladelse afslås, må oplysningerne ikke længere anvendes til det andet formål, og den myndighed, der har modtaget oplysningerne, skal straks slette de modtagne data. Der skal ydes erstatning for enhver skade, der måtte være forvoldt ved brug af oplysningerne til det andet formål.

juris Lex QS
04052024 ()

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Betriebs-, Geschäfts-, Gewerbe-, Handels- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn er diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die in Satz 1 enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könnte ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könnte ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 30

Amtshilfe bei der Steuererhebung

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können durch Verständigung regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der Ausdruck ‚Steueranspruch' im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der aufgrund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung nicht diesem Abkommen oder anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen sowie Vollstreckungskosten und Kosten für Sicherungsmaßnahmen.

(3) Ist ein Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, so wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung der eigenen Steuern erhoben, als handelte es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei einem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann, so wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zweck der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 kan i intet tilfælde fortolkes således, at der pålægges en kontraherende stat en pligt til:

a) at udføre forvaltningsakter, der strider mod denne eller den anden kontraherende stats lovgivning og forvaltningspraksis,

b) at meddele oplysninger, som ikke kan opnås i henhold til denne eller den anden kontraherende stats lovgivning eller normale forvaltningspraksis,

c) at meddele oplysninger, som ville røbe nogen erhvervsmæssig, forretningsmæssig, industriel, kommerciel eller faglig hemmelighed eller fremstillingsmetode, eller oplysninger, hvis offentliggørelse ville være i strid med almene hensyn (ordre public).

4. Hvis en kontraherende stat anmoder om oplysninger efter denne artikel, skal den anden kontraherende stat iværksætte de foranstaltninger, der er til rådighed for at indhente de oplysninger, der er anmodet om, uanset om denne anden stat ikke måtte have behov for disse oplysninger til dens egne skatteformål. Forpligtelsen i det foregående punktum gælder med forbehold af begrænsningerne i denne artikels stykke 3, men i intet tilfælde kan sådanne begrænsninger fortolkes sådan, at de gør det muligt for en kontraherende stat at afslå at meddele oplysninger, blot fordi denne ikke selv har nogen skattemæssig interesse i sådanne oplysninger.

5. I intet tilfælde kan bestemmelserne i stykke 3 fortolkes sådan, at de gør det muligt for en kontraherende stat at afslå at meddele oplysninger, blot fordi oplysningerne besiddes af en bank, anden finansiel institution, repræsentant eller en person, som optræder i egenskab af bemyndiget eller som formynder, eller fordi oplysningerne drejer sig om ejerforhold i en person.

Artikel 30

Bistand ved inddrivelse af skatter

1. De kontraherende stater yder hinanden bistand ved inddrivelse af skattekrav. Denne bistand er ikke begrænset af artikel 1 og 2. De kontraherende staters kompetente myndigheder kan ved gensidig aftale fastsætte nærmere regler for anvendelsen af denne artikel.

2. Udtrykket „skattekrav" betyder i denne artikel et skyldigt beløb vedrørende skatter af enhver art og betegnelse, som pålægges på vegne af de kontraherende stater eller deres politiske underafdelinger eller lokale myndigheder, så længe sådan beskatning ikke er i strid med denne overenskomst eller med andet juridisk instrument, som de kontraherende stater er deltagere i, såvel som renter, administrative bøder og omkostninger i forbindelse med inddrivelse og sikring af sådanne beløb.

3. Når en kontraherende stats skattekrav kan inddrives efter denne stats lovgivning, og den person, som skylder beløbet, ikke efter denne stats lovgivning kan gøre indsigelser mod inddrivelsen på dette tidspunkt, skal dette skattekrav på anmodning fra den kompetente myndighed i denne stat anerkendes af den anden stats kompetente myndighed med henblik på inddrivelse. Skattekravet skal inddrives af denne anden stat efter de bestemmelser, der efter denne anden stats lovgivning gælder for inddrivelse af skattekrav, som om det pågældende skattekrav var denne anden stats eget skattekrav.

4. Når en kontraherende stats skattekrav er af en sådan karakter, at denne stat efter sin lovgivning kan iværksætte foranstaltninger med henblik på at sikre inddrivelsen af kravet, skal dette skattekrav på anmodning af denne stats kompetente myndighed anerkendes af den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat med henblik på iværksættelse af sådanne foranstaltninger. Denne anden stat skal iværksætte foranstaltninger med henblik på sikring af skattekravet efter bestemmelserne i denne anden stats lovgivning, som om det pågældende skattekrav var denne anden stats eget skattekrav, uanset om skattekravet på det tidspunkt, hvor foranstaltningerne iværksættes,

juris Lex QS
04052024 ()

dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Vollstreckung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke des Absatzes 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke des Absatzes 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe eines Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach Absatz 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

a) im Fall eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, oder

b) im Fall eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann,

so teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und setzt das Ersuchen nach Wahl des anderen Staates aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichtete er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprächen;

c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung seines Steueranspruchs, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;

d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.“

Artikel 18

(1) Artikel 42 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 42

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 41 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

ikke kan inddrives i den førstnævnte stat, og uanset om den person, som skylder beløbet, kan gøre indsigelser mod inddrivelsen.

5. Et skattekrav, som er anerkendt af en kontraherende stat efter stykke 3 eller 4, skal uanset bestemmelserne i stykke 3 og 4 ikke i denne stat undergives de tidsfrister eller gives nogen fortrinsstilling, som måtte gælde for et skattekrav efter denne stats lovgivning på grund af kravets karakter. Endvidere skal et skattekrav, som anerkendes af en kontraherende stat efter stykke 3 og 4, ikke i denne stat have nogen fortrinsstilling, som måtte gælde for dette skattekrav efter den anden kontraherende stats lovgivning.

6. Søgsmål med hensyn til eksistensen eller gyldigheden af en kontraherende stats skattekrav, eller med hensyn til beløbets størrelse, kan ikke indbringes for domstole eller administrative myndigheder i den anden kontraherende stat.

7. Hvis et skattekrav på et tidspunkt efter fremsættelse af en anmodning fra en kontraherende stat efter stykke 3 eller 4, og før den anden kontraherende stat har inddrevet og overført det pågældende skattekrav til den førstnævnte stat, ophører med at være

a) for så vidt angår en anmodning efter stykke 3, et skattekrav i den førstnævnte stat, som kan inddrives efter denne stats lovgivning, og hvor den person, som skylder beløbet, på dette tidspunkt efter lovgivningen i denne stat ikke kan gøre indsigelse mod inddrivelsen, eller

b) for så vidt angår en anmodning efter stykke 4, et skattekrav i den førstnævnte stat, hvor denne stat efter sin lovgivning kan iværksætte foranstaltninger med henblik på at sikre inddrivelsen,

skal den kompetente myndighed i den førstnævnte stat straks underrette den kompetente myndighed i den anden stat herom, og efter den anden stats valg skal den førstnævnte stat enten stille anmodningen i bero eller trække den tilbage.

8. Bestemmelserne i denne artikel kan i intet tilfælde fortolkes sådan, at der pålægges en kontraherende stat en pligt til:

a) at udføre forvaltningsakter, der strider mod denne eller den anden kontraherende stats lovgivning og forvaltningspraksis,

b) at iværksætte foranstaltninger, som ville stride mod almene interesser (ordre public),

c) at yde bistand, hvis den anden kontraherende stat ikke har iværksat alle rimelige foranstaltninger til inddrivelse henholdsvis sikring af skattekravet, som kan iværksættes efter denne stats lovgivning eller forvaltningspraksis,

d) at yde bistand i tilfælde, hvor den administrative byrde for denne stat klart ikke står mål med de fordele, som den anden kontraherende stat vil opnå.“

Artikel 18

1. Artikel 42 affattes således:

„Artikel 42

Fremgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

1. Hvis en person mener, at foranstaltninger truffet af en af eller begge de kontraherende stater, for ham medfører eller vil medføre en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i denne overenskomst, kan han, uanset hvilke retsmidler der måtte være fastsat i disse staters interne lovgivning, indbringe sin sag for den kompetente myndighed i den af de kontraherende stater, hvor han er hjemmehørende, eller, hvis hans sag er omfattet af artikel 41, stykke 1, for den kompetente myndighed i den kontraherende stat, hvor han er statsborger. Sagen skal indbringes inden tre år fra det tidspunkt, hvor der første gang er givet ham underretning om den foranstaltning, der medfører en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med overenskomstens bestemmelser.

juris Lex QS
04052024 ()

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, durch Verständigung zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam beraten, um eine Doppelbesteuerung in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Absätze 1 bis 3 unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.“

(2) Die Artikel 43 und 44 werden aufgehoben.

Artikel 19

(1) Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen oder Teile davon unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet werden und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert oder nicht oder niedriger besteuert würden und sich im Fall doppelter Besteuerung dieser Konflikt nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln lässt oder“.

(2) Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) ein Vertragsstaat daran gehindert wird, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerverkürzung oder Steuerumgehung anzuwenden;“.

(3) Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten, Fünften und Siebenten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind;“.

(4) Nach Artikel 45 Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach diesem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte oder Vermögenswerte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang steht.“

Artikel 20

Die Anlage zum Abkommen wird wie folgt gefasst:

„Anlage

Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

1. in der Bundesrepublik Deutschland

   Abschnitt II

   a) die Einkommensteuer,

   b) die Körperschaftsteuer,

   c) die Gewerbesteuer und

2. Den kompetente myndighed skal, hvis indsigelsen forekommer den at være berettiget, og hvis den ikke selv kan nå frem til en tilfredsstillende løsning, søge at løse sagen ved gensidig aftale med den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat med henblik på at undgå en beskatning, der ikke er i overensstemmelse med overenskomsten. Enhver indgået aftale skal gennemføres uden hensyn til de tidsfrister, der er fastsat i de kontraherende staters interne lovgivning.

3. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal søge ved gensidig aftale at løse vanskeligheder eller tvivlsspørgsmål, der måtte opstå med hensyn til fortolkningen eller anvendelsen af overenskomsten. De kan også konsultere hinanden om undgåelse af dobbeltbeskatning i tilfælde, som ikke er omhandlet i overenskomsten.

4. De kontraherende staters kompetente myndigheder kan kommunikere direkte med hinanden, herunder gennem et fælles udvalg bestående af dem selv eller deres repræsentanter, med henblik på at opnå enighed inden for rammerne af stykke 1 til 3.“

2. Artikel 43 og 44 ophæves.

Artikel 19

1. Artikel 45, stykke 1, litra a, affattes således:

„a) hvis indkomst eller formue eller dele deraf i de kontraherende stater er placeret under forskellige bestemmelser i denne overenskomst, og hvis sådan indkomst eller formue som konsekvens af denne forskellige placering ville blive genstand for dobbeltbeskatning, ikke-beskatning eller lavere beskatning, og hvis denne konflikt i tilfælde af dobbeltbeskatning ikke kan løses efter fremgangsmåden i kapitel V, eller“.

2. Artikel 45, stykke 2, litra a, affattes således:

„a) en kontraherende stat er forhindret i at anvende sine interne lovbestemmelser om forhindring af skatteunddragelse eller skatteundgåelse;“.

3. Artikel 45, stykke 2, litra b, affattes således:

„b) Forbundsrepublikken Tyskland er forhindret i at påligne skatter på beløb, som skal medregnes i indkomsten for en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, i henhold til 4., 5. og 7. del af den tyske udlandsskattelov (Außensteuergesetz);“.

4. Efter Artikel 45, stykke 2, indsættes følgende som stykke 3:

„3. Uanset de øvrige bestemmelser i denne overenskomst gives der ikke fordele efter denne overenskomst for så vidt angår indkomst, hvis det i betragtning af alle relevante fakta og omstændigheder er rimeligt at antage, at opnåelse af denne fordel var et af hovedformålene med noget arrangement eller nogen transaktion, som direkte eller indirekte resulterede i denne fordel, medmindre det godtgøres, at opnåelse af denne fordel under disse omstændigheder ville være i overensstemmelse med genstanden for og formålet med de relevante bestemmelser i denne overenskomst.“

Artikel 20

Bilaget til overenskomsten affattes således:

„Bilag

De eksisterende skatter, som overenskomsten finder anvendelse på, er især:

1. I Forbundsrepublikken Tyskland:

   Kapitel II

   a) indkomstskatten (Einkommensteuer),

   b) selskabsskatten (Körperschaftsteuer),

   c) erhvervsskatten (Gewerbesteuer), og

juris Lex QS
04052024 ()

d) die Vermögensteuer

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge,

Abschnitt III

die Erbschaft- und Schenkungsteuer,

Abschnitt IV

die in Artikel 29 Absatz 1 und Artikel 30 Absatz 2 genannten Steuern jeder Art und Bezeichnung;

2. in Dänemark

Abschnitt II

a) die Einkommensteuer an den Staat (indkomstskatten til staten),

b) die kommunale Einkommensteuer (kommunale indkomstskat),

Abschnitt III

die Nachlass- und Schenkungsteuer (afgift af dødsboer og gaver),

Abschnitt IV

die in Artikel 29 Absatz 1 und Artikel 30 Absatz 2 genannten Steuern jeder Art und Bezeichnung.“

Artikel 21

Das Protokoll zum Abkommen wird wie folgt gefasst:

„Protokoll
zu dem Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
zur Beseitigung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung

Die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Dänemark haben die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

Zu Artikel 29

Die Verarbeitung personenbezogener Daten nach diesem Abkommen richtet sich nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) sowie den sonstigen innerstaatlichen Regelungen zum Datenschutz der jeweiligen Vertragspartei.“

Artikel 22

(1) Dieses Änderungsprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungsprotokoll tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft. Das Abkommen in der durch dieses Änderungsprotokoll geänderten Fassung ist daraufhin in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für Zeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das dem Jahr folgt, in dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt;

b) bei den Nachlass- und Erbschaftsteuern auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das dem Jahr folgt, in dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt, und bei den Schenkungsteuern auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar jenes Kalenderjahrs ausgeführt werden;

d) formueskatten (Vermögensteuer),

herunder pålignede tillæg,

Kapitel III

skatten på dødsboer, arv og gaver (Erbschaft- und Schenkungsteuer),

Kapitel IV

skatter af enhver art og betegnelse, jf. artikel 29, stykke 1, og artikel 30, stykke. 2.

2. I Danmark:

Kapitel II

a) indkomstskatten til staten,

b) den kommunale indkomstskat;

Kapitel III

afgift af dødsboer og gaver,

Kapitel IV

skatter af enhver art og betegnelse, jf. artikel 29, stykke 1, og artikel 30, stykke 2.“

Artikel 21

Overenskomstens protokol affattes således:

„Protokol
til Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
til ophævelse af dobbeltbeskatning
for så vidt angår indkomst- og formueskatter
såvel som skatter på boer, arv og gave
og til forhindring af skatteunddragelse og -omgåelse

Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark er blevet enige om følgende bestemmelser, der skal udgøre en integrerende del af overenskomsten:

Vedrørende artikel 29

Behandlingen af personoplysninger under overenskomsten skal ske i overensstemmelse med ”Europa-Parlamentets og Rådets Forordning (EU) 2016/679 af 27. april 2016 om beskyttelse af fysiske personer i forbindelse med behandling af personoplysninger og om fri udveksling af sådanne oplysninger og om ophævelse af direktiv 95/46/EF (generel forordning om databeskyttelse)” og med alle andre bestemmelser om databeskyttelse, som vedtages af den berørte kontraherende stat.“

Artikel 22

1. Denne ændringsprotokol skal ratificeres; ratifikationsinstrumenterne skal udveksles hurtigst muligt.

2. Denne ændringsprotokol træder i kraft på datoen for udveksling af ratifikationsinstrumenterne. Overenskomsten som ændret ved denne ændringsprotokol har derefter virkning i begge kontraherende stater:

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for skatter pålignet for perioder der begynder den 1. januar eller senere i det første kalenderår, der følger efter det år, hvor denne ændringsprotokol træder i kraft,

b) for så vidt angår skatter på dødsboer, arv og gaver, for boer efter personer, som døde den 1. januar eller senere i det første kalenderår, der følger efter det år, hvor denne ændringsprotokol træder i kraft, og for skat på gaver for gaver, som ydes den 1. januar eller senere i det nævnte kalenderår,

juris Lex QS
04052024 ()

c) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt.

Geschehen zu Kopenhagen am 1. Oktober 2020 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

c) for så vidt angår kildeskatter, på beløb, der betales den 1. januar eller senere i det første kalenderår, der følger efter det år, hvor denne ændringsprotokol træder i kraft.

Udfærdiget i København den 1. oktober 2020 i to eksemplarer, hver på tysk og dansk med samme gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyskland

Detlev Rünger

Für das Königreich Dänemark
For Kongeriget Danmark

Morten Bødskov

juris Lex QS
04052024 ()

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Kopenhagen am 1. Oktober 2020 unterzeichnete Änderungsprotokoll ändert das Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) (BGBl. 1996 II S. 2565, 2566).

Das Mehrseitige Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) vom 24. November 2016 wurde am 7. Juni 2017 durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Ziel ist, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung („Base Erosion and Profit Shifting“ – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) und 14 (Verbesserung der Streitbeilegung) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des Multilateralen Instruments ist jedoch entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Alternativ können die Inhalte des Multilateralen Instruments im Wege bilateraler Protokolle zur Änderung des bestehenden Abkommens umgesetzt werden. Mit dem Königreich Dänemark wurde vereinbart, die Ergebnisse der Auswahlentscheidungen zum Multilateralen Instrument zwischen Deutschland und Dänemark über ein bilaterales Änderungsprotokoll umzusetzen. Das Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen sowie bei Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) kann daher aus dem Geltungsbereich des Multilateralen Instruments selbst ausgenommen werden.

Darüber hinaus sollen mit diesem Protokoll weitere Anpassungen des Abkommens vom 22. November 1995 an den derzeitigen internationalen Standard – insbesondere im Bereich des Informationsaustausches und der Gewinnzuordnung bei Betriebsstätten – vorgenommen werden.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel ersetzt den Wortlaut des Titels des Abkommens. Durch die zusätzliche Bezugnahme auf die Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung entspricht dieser dem derzeit aktuellen OECD-Musterabkommen 2017.

Damit wird ein BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6 umgesetzt, welcher vorsieht, dass bereits im Titel eindeutig zum Ausdruck gebracht werden soll, dass das Doppelbesteuerungsabkommen neben der Vermeidung einer Doppelbesteuerung auch Steuerverkürzung und -umgehung verhindern soll. Gemeinsam mit der entsprechenden Ergänzung der Präambel (siehe zu Artikel 2) soll die eindeutige Absichtsbekundung der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Abkommens gemäß Artikel 31 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (WÜRV) auch im Hinblick auf die Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung maßgeblich sein.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel ersetzt den Wortlaut der Präambel des Abkommens. Im Vergleich zum bisherigen Wortlaut der Präambel enthält der neue Wortlaut analog zur Ergänzung des Titels die Zielsetzung der Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung (u. a. durch missbräuchliche Gestaltung).

Damit wird ein BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6 umgesetzt, welcher vorgibt, dass bereits in der Präambel eindeutig zum Ausdruck gebracht werden soll, dass das Doppelbesteuerungsabkommen neben der Vermeidung einer Doppelbesteuerung auch Steuerverkürzung und -umgehung verhindern soll. Gemeinsam mit der entsprechenden Ergänzung im Titel (siehe zu Artikel 1) soll die eindeutige Absichtsbekundung der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Abkommens gemäß Artikel 31 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (WÜRV) auch im Hinblick auf die Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung maßgeblich sein.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel hebt den bisherigen Artikel 1 des Abkommens auf. Dieser ist aufgrund von verschiedenen Anpassungen des Abkommens an den derzeitigen internationalen Standard nicht länger erforderlich.

Die Absichtsbekundung, wonach die Vertragsstaaten zusammenwirken sollen um Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuererhebung zu sichern, ist mit Änderung des Titels (siehe zu Artikel 1) und der Präambel (siehe zu Artikel 2) weiterhin Bestandteil des Abkommens.

Die Pflicht zur gegenseitigen Information über Änderungen in ihrem jeweiligen nationalen Steuerrecht wurde in die Neufassung des Artikels 2 Absatz 3 des Abkommens aufgenommen (siehe zu Artikel 4).

Die Möglichkeit des unmittelbaren Verkehrs der zuständigen Behörden ist mit Neufassung der Bestimmungen zur Amtshilfe in Steuersachen (siehe zu Artikel 17) und zu Verständigungsverfahren (siehe zu Artikel 18) sichergestellt.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel ersetzt Artikel 2 Absatz 3 des Abkommens.

Satz 1 entspricht dem bisherigen Wortlaut. Nach dem neu eingefügten Satz 2 informieren sich die Vertragsstaaten gegenseitig über bedeutsame Änderungen des jeweiligen

juris Lex QS
04052024 ()

nationalen Steuerrechtes. Diese Informationspflicht war bislang in Artikel 1 des Abkommens enthalten (siehe zu Artikel 3).

Zu Artikel 5

Mit Absatz 1 dieses Artikels wird die sogenannte Territorialklausel der Bundesrepublik Deutschland neu gefasst. Es erfolgt eine Anpassung entsprechend der aktuell den Verhandlungen im Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen zugrunde liegenden Vertragsstaatendefinition.

Mit Absatz 2 wird die Auslegungsregelung für im Abkommen nicht definierte Ausdrücke, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist, soweit der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert, an den derzeitigen internationalen Standard gemäß Artikel 3 Absatz 2 des OECD-Musterabkommens 2017 angepasst.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel ersetzt den bisherigen Wortlaut des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens. Entsprechend dem internationalen Standard des Artikels 4 Absatz 1 des OECD-Musterabkommens 2017 wird ergänzend klargestellt, dass auch die Vertragsstaaten und ihre Gebietskörperschaften Ansässigkeitsstatus haben. Davon umfasst sind auch die Bundesländer.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und ersetzt den bisherigen Wortlaut des Artikels 7 des Abkommens. Die OECD-Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, den Fremdvergleichsgrundsatz, wie er für rechtlich selbständige, verbundene Unternehmen in Artikel 9 des OECD-Musterabkommens 2017 niedergelegt ist, auch auf die Verhältnisse zwischen einem Unternehmen und seiner in einem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte anzuwenden. Der neugefasste Artikel 7 des Abkommens folgt weitgehend der aktuellen Fassung des OECD-Musterabkommens 2017 und ermöglicht so die Abgrenzung der einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne entsprechend den Empfehlungen der OECD. In den Absätzen 1 bis 3 wird der neue OECD-Standard („Authorized OECD Approach – AOA“) umgesetzt. Zudem haben sich die Vertragsstaaten für die in dem Kommentar der OECD zu Artikel 7 Absatz 3 OECD-Musterabkommen 2017 angebotene Form der Gewinnberichtigung bei Betriebsstätten entschieden. Danach erfolgt im anderen Staat eine angemessene Berichtigung des Gewinns entweder einvernehmlich oder im Rahmen eines Verständigungsverfahrens.

Zu Artikel 8

Absatz 1 hebt den bisherigen Artikel 14 des Abkommens auf. Eine eigenständige Zurechnungsnorm für Einkünfte aus selbständiger Arbeit ist entsprechend dem Kommentar der OECD zu Artikel 14 des OECD-Musterabkommens 2017 nicht erforderlich. Für die Einkünfte aus selbständiger Arbeit gelten nunmehr die Bestimmungen für die Besteuerung von Unternehmenseinkünften (Artikel 7 des Abkommens).

Die Absätze 2 bis 14 nehmen die erforderlichen Anpassungen in den verschiedenen Bestimmungen des Abkommens, die aufgrund der Aufhebung des Artikels 14 des Abkommens notwendig sind, vor.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel hebt die Sonderbestimmung zur Besteuerung des Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) in Artikel 8 Absatz 5 des Abkommens auf.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel hebt Artikel 10 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens auf, in dem auf die europäische Mutter-Tochter-Richtlinie verwiesen wird. Damit geht keine inhaltliche Änderung einher, da – auch ohne expliziten Verweis – der Anwendungsvorrang von Unionsrecht gegenüber dem Recht der Mitgliedstaaten, und damit auch vor dem DBA, besteht.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel hebt die Sonderbestimmung zur Besteuerung des Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) in Artikel 13 Absatz 3 des Abkommens auf.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel hebt die Sonderbestimmung zur Besteuerung des Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) in Artikel 15 Absatz 3 des Abkommens auf.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel ergänzt den Artikel 18 des Abkommens um zwei weitere Absätze. Danach können Stipendien und ähnliche Unterstützungsleistungen, die aus öffentlichen Kassen eines Staates stammen, künftig in diesem Staat besteuert werden. Durch diese Regelung soll eine unerwünschte doppelte Nichtbesteuerung, die insbesondere bei dänischen Stipendien aufgrund der dortigen Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen zu einer Ungleichbehandlung von grenzüberschreitenden und nicht grenzüberschreitenden Fällen führen würde, vermieden werden.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel aktualisiert die Bezeichnungen der in Artikel 19 Absatz 4 Buchstabe a des Abkommens genannten Unternehmen.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel hebt die Sonderbestimmung zur Besteuerung des Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) in Artikel 22 Absatz 3 des Abkommens auf.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel ändert die Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung für den Ansässigkeitsstaat Deutschland klarstellend dahingehend, dass Deutschland nicht gehindert ist, sämtliche nach dem DBA in Deutschland freigestellten Einkünfte für die Berechnung des Steuersatzes einzubeziehen (sog. Progressionsvorbehalt).

juris Lex QS
04052024 ()

Zu Artikel 17

Dieser Artikel ersetzt die bisherigen Bestimmungen zur bilateralen Amtshilfe durch den derzeitigen internationalen Standard.

Absatz 1 hebt die Artikel 31 bis 40 (Bestimmungen zur zwischenstaatlichen Amtshilfe) des Abkommens auf.

Mit Absatz 2 erfolgt eine Neufassung der Artikel 29 (nun Informationsaustausch) und 30 (nun Amtshilfe bei der Beitreibung) des Abkommens.

Mit dem neu gefassten Artikel 29 des Abkommens wird der internationale Standard zum Informationsaustausch entsprechend Artikel 26 des OECD-Musterabkommens 2017 implementiert. Der Schutz personenbezogener Daten beim Informationsaustausch ist durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung sichergestellt. Hierauf wird in einem neu ergänzten Protokoll zum Abkommen (siehe zu Artikel 21) klarstellend verwiesen. Der Informationsaustausch erfolgt über die zuständigen Behörden. Für Deutschland ist das Bundeszentralamt für Steuern zuständige Behörde für die Durchführung der Amtshilfe (§ 5 Absatz 1 Nummer 5 FVG).

Mit dem neu gefassten Artikel 30 des Abkommens wird der internationale Standard zur Amtshilfe bei der Steuererhebung entsprechend Artikel 27 des OECD-Musterabkommens 2017 implementiert.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel ersetzt die bisherigen Bestimmungen zu den Konsultations- und Verständigungsverfahren des Abkommens durch den derzeitigen internationalen Standard. Damit wird auch der BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 14 umgesetzt. Eine Schiedsklausel wird hingegen nicht eingeführt, da innerhalb der Europäischen Union nach der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union (Streitbeilegungsrichtlinie) sowie nach dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Fall von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (90/436/EWG) bereits entsprechende Verfahren für die Steuerpflichtigen zur Verfügung stehen.

Absatz 2 hebt die Artikel 43 (Verständigung) und 44 (Verfahren) des Abkommens auf.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel ändert den Artikel 45 des Abkommens zur Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen.

Absatz 1 ändert den Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens. Wie schon nach dem bisherigen Wortlaut regelt diese Bestimmung die Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung oder zu niedriger Besteuerung infolge nicht übereinstimmender Anwendung der Abkommensnormen auf Einkünfte oder Gewinne oder Teile davon (Qualifikationskonflikte). Ergänzend zum bisherigen Wortlaut, greift diese Bestimmung nun auch in Fällen von Qualifikationskonflikten, die zu einer Doppelbesteuerung führen und diese Doppelbesteuerung nicht im Rahmen eines Verständigungsverfahrens beseitigt werden kann. Folge ist, dass der jeweilige Ansässigkeitsstaat die Doppelbesteuerung durch Anrechnung zu beseitigen hat.

Absatz 2 ändert den Wortlaut des Artikels 45 Absatz 2 Buchstabe a des Abkommens. Durch den geänderten Wortlaut wird nunmehr klargestellt, dass die Vertragsstaaten nicht daran gehindert sind, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung von Steuerverkürzung und Steuerumgehung anzuwenden.

Absatz 3 ergänzt den bisherigen Wortlaut des Artikels 45 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens dahingehend, dass Deutschland nicht gehindert ist, neben den Bestimmungen zur Hinzurechnungsbesteuerung nun auch die ähnlichen Vorschriften des Außensteuergesetzes zur Besteuerung ausländischer Betriebsstätten sowie zur Besteuerung von Familienstiftungen anzuwenden.

Absatz 4 ergänzt das Abkommen um eine allgemeine Missbrauchsvermeidungsklausel, die auf ein Hauptzweck-Kriterium abstellt („Principal Purpose Test“ – PPT). Danach können Vergünstigen nach dem Abkommen in den Fällen versagt werden, in denen eine Gewährung dieser Vergünstigungen unangemessen wäre. Diese Regelung entspricht dem sog. BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel ändert die Anlage zum Abkommen und aktualisiert die Liste der bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel ergänzt das Abkommen um ein Protokoll. Hiermit wird klargestellt, dass bei der Anwendung des Informationsaustauschartikels (siehe zu Artikel 17) die EU-Datenschutz-Grundverordnung gilt.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Ratifikation und in Absatz 2 das Inkrafttreten sowie die zeitliche Anwendung des Änderungsprotokolls. Hiernach tritt das Änderungsprotokoll am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist für die Bundesrepublik Deutschland ab dem 1. Januar des Jahres anzuwenden, das auf das Jahr des Inkrafttretens folgt.

juris Lex QS
04052024 ()

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333

juris Lex QS
04052024 ()